

Graubünden übertrifft das eigene Budget – Steuern sei Dank

Um stolze 113 Millionen Franken besser als budgetiert: Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner zeigt sich «erfreut» über die kantonale Jahresrechnung.

von Gion-Mattias Durband

Ein Ertragsüberschuss von 55 Millionen Franken statt des budgetierten Defizits von 58 Millionen Franken: Auch für 2014 kann die Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner ein «erfreuliches» Ergebnis präsentieren, wie gestern an der Präsentation der kantonalen Jahresrechnung in Chur zu erfahren war. Diese «erfreulichen» Ergebnisse haben im Kanton indes eine lange Tradition (siehe Interview rechts).

Natürliche Personen im Plus

Dass das Jahresergebnis um 113 Millionen Franken besser ausfällt als geplant, ist vorab den hohen Steuererträgen geschuldet, die um 57 Millionen Franken höher ausfielen als budgetiert. Hauptverantwortlich dafür sind die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen, welche zusammen um gut 50 Millionen über dem Budget liegen (siehe Grafik). Dies ist zu Teilen auch mit einem einmaligen Effekt zu erklären: Die provisorischen Steuerrechnungen stützen sich neu auf aktuellere Veranlagungsdaten als bisher, wie Janom Steiner erklärte. Bei den Vermögenssteuern habe sich die Erholung der Börsenmärkte positiv ausgewirkt. Als Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs seien die

gestiegenen Steuereinnahmen der natürlichen Personen aber nicht zu werten, betonte Janom Steiner mit Verweis auf die nur marginal gestiegenen Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen.

Investitionen unter Plan

Zur hohen Budgetabweichung trugen auch die Nettoinvestitionen bei, die mit 128 Millionen Franken weit hinter den geplanten 208 Millionen zurückblieben. So waren alleine die Investitionen der Spezialfinanzierung Strassen um knapp 38 Millionen tiefer als vorgesehen. Grund für die geringeren Investitionen waren unter anderem durch Einsparungen und Volksabstimmungen verzögerte oder verhinderte Projekte, wie die Finanzdirektorin erklärte.

Janom Steiner mahnte indes, sich vom nicht positiven Jahresabschluss blenden zu lassen. So seien die be-

trieblichen Aufwände erneut deutlich gestiegen: so etwa die Beiträge an Dritte um zwölf Millionen und der Personalaufwand um 6,5 Millionen Franken. Entlastet wurde die Erfolgsrechnung aber durch tiefere Abschreibungen. Das operative Ergebnis fiel mit 43,7 Millionen Franken um gut vier Millionen besser aus als im Vorjahr.

Beim ausserordentlichen Ergebnis musste der Kanton auf den Repower-Aktien Wertberichtigungen im Umfang von minus 64 Millionen vornehmen. Wertzuwächse bei den Partizipationsscheinen der Graubündner Kantonalbank in der Höhe von knapp 70 Millionen und bei den Aktien der Ems Chemie AG im Umfang von knapp acht Millionen Franken konnten dies aber mehr als kompensieren.

Schwarze Zahlen auch noch 2015

Janom Steiner rechnet auch für das laufende Jahr mit einem positiven Ergebnis. Grund ist vor allem die Gewinn- und Zusatzausschüttung der Schweizerischen Nationalbank in der Höhe von rund 32 Millionen. Ab 2016 rechnet Janom Steiner mit «weniger rosigen» Zeiten. Ursache sind verschiedene «Unwägbarkeiten», so die Folgen der Frankenstärke für Tourismus und Export, Ertragsrückgänge beim nationalen Finanzausgleich und die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III.

50

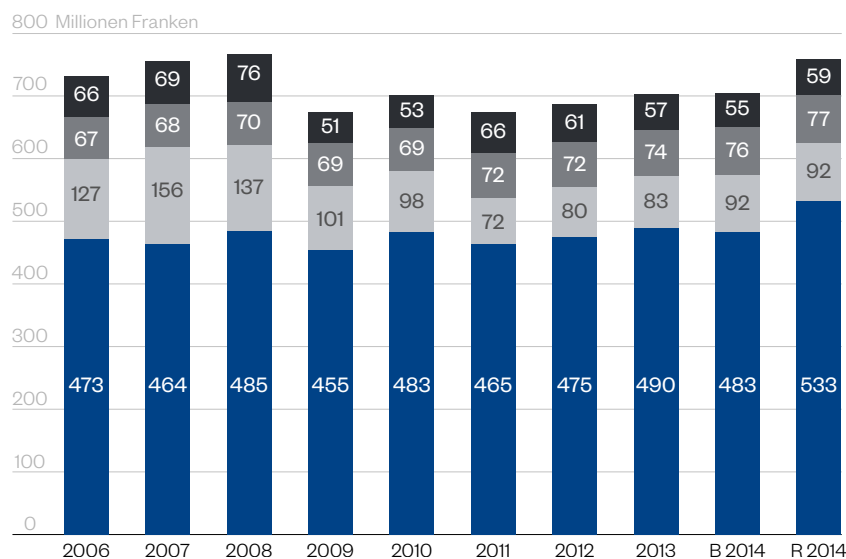
Millionen Franken

Um diesen Betrag sind die **Einkommens- und Vermögenssteuern** höher ausgefallen als budgetiert.

Deutlich mehr Einkommens- und Vermögenssteuern

Angaben in Millionen Franken

- Übrige Steuern
- Verkehrssteuern
- Gewinn- und Kapitalsteuern
- Einkommens- und Vermögenssteuern



Quelle: DFG Graubünden. Grafik: südostschweiz



«Es gibt keinen Grund»: Barbara Janom Steiner will den NFA belassen, wie er ist. Bild Yanik Bürkli

«Schwer zu budgetieren»

Mindestens seit 1965 wird im Kanton jedes Jahr besser abgeschlossen als budgetiert. Regierungsrätin Janom Steiner erklärt weshalb – und warnt vor düsteren Zeiten.

mit Barbara Janom Steiner sprach Gion-Mattias Durband

Frau Janom Steiner, der Kanton schliesst abermals besser ab als budgetiert – und so war es auch schon die letzten 50 Jahre. Laufen Sie nicht Gefahr, dass die mahnenden Worte der Kassenwartin im Grossen Rat dereinst ungehört verhallen?

BARBARA JANOM STEINER: Das hoffe ich nicht, zumal die finanziellen Aussichten ab 2016 wirklich nicht rosig aussehen: Allfällige Korrekturen beim nationalen Finanzausgleich, die anstehende Unternehmenssteuerreform III und die Auswirkungen der Frankenstärke auf Tourismus und Exportwirtschaft sind im Voraus kaum bezifferbar. Davon abgesehen sind viele Bereiche schwer zu budgetieren, etwa die vom Bund abhängigen Beiträge, Abgaben und Steuern. Selbiges gilt für die budgetierten Steuereinnahmen im Kanton, die auf bisherigen Daten beruhen. Aber auch bei den Investitionen können etwa Beschwerden und Volksentscheide geplante Projekte verzögern oder gar verunmöglichen.

Zu den Unwägbarkeiten zählen auch die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone. Aber damit dürfte mit Ihrer Einsitznahme im Bankrat wohl Schluss sein.

Das glaube ich nicht. Ausschüttungen sind abhängig vom Jahresergebnis der SNB – und darauf werde ich keinen Einfluss haben. Aber die entsprechende Vereinbarung zwischen Bund und

Kantonen läuft Ende dieses Jahrs aus und muss erneuert werden. Da werde ich natürlich versuchen, die Sicht der Kantone einzubringen. Wichtig wäre es etwa, bezüglich der Ausschüttungen eine grössere Planbarkeit zu ermöglichen.

Der Kanton sitzt auf einem 2,7-Milliarden-Franken-Polster und weist einen Ertragsüberschuss von 55 Millionen aus. Von einer Anpassung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) will man aber nichts wissen.

Es gibt keinen sachlichen Grund, das bewährte System des NFA abzuändern. Eine der Zielsetzungen des Finanzausgleichs, die Verringerung der Disparitäten zwischen den Kantonen, ist noch

«Die starken Kantone haben trotz nationalem Finanzausgleich enorm zugelegt.»

nicht erreicht. Im Gegenteil stellt man fest, dass die starken Kantone trotz NFA enorm zugelegt haben. Die andere Zielsetzung, wonach die Pro-Kopf-Ressourcenausstattung des schwächsten Kantons mindestens 85 Prozent des schweizerischen Durchschnitts betragen soll, ist lediglich ein Minimalziel. Dass dieses nun erreicht wurde, ist kein Grund, den NFA anzupassen.